



Beschlüsse des Landesvorstands | 15. Juli 2019

Kormoran-Management

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich für ein Kormoran-Management am Bodensee ein. Die Bestände des Kormoran am Bodensee sind mittelfristig deutlich zu minimieren und dauerhaft auf einem kontrollierten Bestand zu halten. Die Umsetzung der Reduzierung muss mit den Naturschutz-, Jagd- und Fischereiverbänden abgestimmt werden. Dabei ist möglichst auf Brutkontrolle anstatt Bejagung zu setzen.

Nachtflüge | DRF Rettungshubschrauber Christoph 45

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich beim Innenministerium Baden-Württembergs dafür ein, Nachtflüge von Rettungshubschraubern zuzulassen. Nachtflüge von Rettungshubschraubern sollen keinen Einschränkungen aus Lärmschutzgründen unterliegen. Die entsprechende Gesetzeslage ist zu korrigieren.

Andockgebot

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich für eine Erweiterung des sog. Andockgebotes aus, welches im Landesentwicklungsplan geregelt ist. Neuausweisungen von Gewerbe-, Wohn- und anderweitigen Siedlungsgebieten sollen nicht nur entlang bestehender Gewerbe- und Siedlungsstrukturen entwickelt werden können. Auch an Autobahnen, Bundesstraßen, vierspurigen Landesstraßen, Schienenstrecken und Binnengewässern sollen künftig wieder Ausweisungen möglich sein.

§ 13b Baugesetzbuch

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich auf Bundesebene dafür ein, den Paragraphen 13b Baugesetzbuch unbefristet zu verlängern. Außerdem sollte die mit dem Paragraphen leichter auszuweisende Fläche von 10000 m² bebaubare Fläche auf 20000 m² bebaubare Fläche erweitert werden.

DHBW Baden-Württemberg

Die Landesregierung möge die Duale Hochschule Baden Württemberg finanziell und räumlich stärker finanzieren, unterstützen und fördern.

Entsendung ausländischer Imame unterbinden

Die CDU begrüßt die Initiative der Deutschen Islamkonferenz zur Ausbildung zu Imamen in Deutschland und setzt sich dafür ein, dass Moscheegemeinden von der Finanzierung aus dem Ausland unabhängig werden, da wir nicht möchten, dass Imame aus dem Ausland entsandt und finanziert werden.

Beamtenverhältnis von Wahlbeamten ruhen lassen

Der CDU-Landesverband Baden-Württemberg spricht sich für eine Änderung der Regelung aus, dass Wahlbeamte (wie z.B. Bürgermeister) nicht mehr mit Amtsantritt aus einem bisher bestehenden Beamtenverhältnis ausscheiden, sondern dass ein Rückkehranspruch in eine vergleichbare Funktion besteht.

7 % Mehrwertsteuer für Schienenbahnverkehr

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass

a. der ermäßigte Umsatzsteuer von 7 % (statt 19 %) für die Beförderungen von Personen im Schienenbahnverkehr generell gilt, d.h. nicht beschränkt auf die Strecken innerhalb einer Gemeinde oder wenn die Beförderungstrecke nicht mehr als 50 Kilometer beträgt (Änderung § 12 Abs. 2 Nummer 10 UStG),

und

b. für den Erwerb einer Bahncard 25, 50 oder 100.

Schnelle Durchsetzung der großen Filderauffahrt und des Nordoststrings

Die CDU Baden-Württemberg fordert die schnelle Planung und Umsetzung der großen Filderauffahrt und des Nordoststrings in Stuttgart.

Verhinderung flächendeckender Fahrverbote

Die Landesregierung wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, um flächendeckende Fahrverbote für Euro 4-Dieselfahrzeuge in der Landeshauptstadt Stuttgart schnellstmöglich zu beenden.

Nachhaltigkeits- und Attraktivitätsoffensive für die Bundeswehr

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich auf höheren Ebenen dafür ein, dass der Dienst in der Bundeswehr-Reserve attraktiver gestaltet wird. Ziel ist es, ein Dialogprozess über Verbesserungsmöglichkeiten in Gang zu bringen.

Identifizierung und Übernahme von entbehrlichen Flächen

Das Land unterstützt die Städte und Gemeinden bei der Identifizierung und Übernahme von entbehrlichen Flächen der BImA für den Wohnungsbau.